

# Der Rahmen passt nicht

**Wirtschaftswachstum.** Eine rosige Zukunft sieht anders aus – fast zwei Drittel der vom IW Köln befragten Unternehmen erwarten langfristig eine schwache wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Als Gründe nennen die Betriebe vor allem den Fachkräftemangel, die hohen Arbeitskosten sowie zu starke Regulierungen. 

In vielen Ländern wächst die Wirtschaft langsamer. Konnten die 37 reichsten Volkswirtschaften von 1990 bis 2007 noch ein jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von durchschnittlich 2,7 Prozent erzielen, waren es seit 2011 lediglich 1,6 Prozent.

Internationale Ökonomen befürchten nun, dass den Industrieländern eine längerfristige Wachstumschwäche droht – in der Fachsprache heißt das „säkulare Stagnation“ (vgl. iwd 1/2016).

Vor diesem Hintergrund wollte das IW Köln im Rahmen seiner

jüngsten Konjunkturumfrage (vgl. iwd 48/2015) von den Unternehmen wissen, wie sie die längerfristigen Perspektiven der deutschen Wirtschaft beurteilen. Die meisten Firmen halten den Daumen nach unten (Grafik):

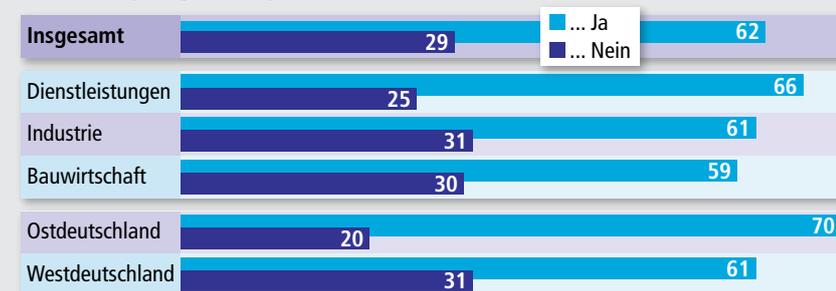
**Mit 62 Prozent geht eine deutliche Mehrheit der Unternehmen in Deutschland davon aus, dass die hiesige Wirtschaft langfristig eher langsam wachsen wird – nur 29 Prozent teilen diese Skepsis nicht.**

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen sind eher gering. Das gilt auch innerhalb der Industrie. So rechnen 64 Prozent der Vorleistungsgüterproduzenten mit einem langfristig schwachen Wachstum; die Hersteller von Investitionsgütern sind zu 60 Prozent und die Konsumgüterfirmen zu 58 Prozent pessimistisch.

Auffallend ist dagegen das regionale Gefälle. In Ostdeutschland ist der Anteil der skeptischen Unternehmen deutlich höher als in Westdeutschland. Vor allem die ostdeutschen Industrie- und Baufirmen →

## Wirtschaftswachstum: Unternehmen auf lange Sicht skeptisch

So viel Prozent der Unternehmen antworteten auf die Frage „Erwarten Sie, dass die deutsche Wirtschaft langfristig eher langsam wachsen wird?“ mit ...



Rest zu 100: keine Angabe; Quelle: IW-Befragung von 2.362 Unternehmen in Westdeutschland und 561 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2015

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien · iwd 6

## Inhalt

**Tarifrunde.** Die aktuelle Lohnforderung der IG Metall von 4,5 bis 5 Prozent gefährdet den Fortbestand des Flächentarifvertrags.  
Seite 3

**Standort Deutschland.** Wie gut die Bundesrepublik im internationalen Vergleich im puncto Einkommen, Bildung und Arbeit abschneidet, zeigt die Grafikstrecke.  
Seite 4-5

**Flüchtlinge.** Die Integration in den Arbeitsmarkt wird nicht einfach, denn viele Flüchtlinge haben in ihrer Heimat nur wenige Jahre die Schule besucht.  
Seite 6

**Urheberschutz.** In Europa machen Verbraucher kaum Gebrauch von der Möglichkeit, auf Online-Inhalte zuzugreifen, die für andere Länder bestimmt sind.  
Seite 7

**Ausbildungsvergütungen.** Im Schnitt verdienten Auszubildende in Deutschland im vergangenen Jahr 825 Euro monatlich.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln  
**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ sehen oft schwarz. Das könnte daran liegen, dass Ostdeutschland eine relativ dünne industrielle Basis hat und die besonders ungünstige demografische Entwicklung der Bauwirtschaft zu schaffen macht.

Ungeachtet dessen stellt sich generell die Frage, warum die Unternehmen nur ein geringes Wirtschaftswachstum erwarten. Das IW Köln hat den Firmen daher mögliche Gründe zur Bewertung vorgelegt. Das Ergebnis (Grafik):

**Nach Einschätzung von 48 Prozent aller Unternehmen führt vor allem der demografisch bedingte Fachkräftemangel dazu, dass die Wirtschaft langfristig nur noch schwach wachsen wird – kein anderer Grund wird so häufig mit „trifft stark zu“ bewertet.**

Dass die Firmen sich zu Recht sorgen, zeigt ein Vergleich der Bevölkerungsstruktur in den 20 wichtigsten Industrieländern. Demnach ist der Altenquotient – der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung im Verhältnis zum Anteil der 15- bis unter 65-Jährigen – in Deutschland mit 33 Prozent schon heute deutlich höher als im Durchschnitt der anderen Länder (28 Prozent).

Als zweitwichtigsten Grund für die mageren Wachstumsaussichten nennen die Unternehmen die hohen Arbeitskosten. Sie schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – 41 Prozent halten dies für sehr relevant. Auch das erstaunt nicht, schließlich leidet die deutsche Industrie seit langem unter einer überdurchschnittlichen Kostenbelastung (vgl. iwd 45/2015 und 5/2016).

Eine weitere Ursache für die kommende Wachstumsschwäche ist für die Unternehmen in den Arbeits- und Produktmarktregulierungen zu suchen. 34 Prozent der Betriebe sehen dadurch die Wettbewerbsfähigkeit geschwächt und 30 Prozent betrachten die Regulierungen als Investitions- und Innovationsbremse.

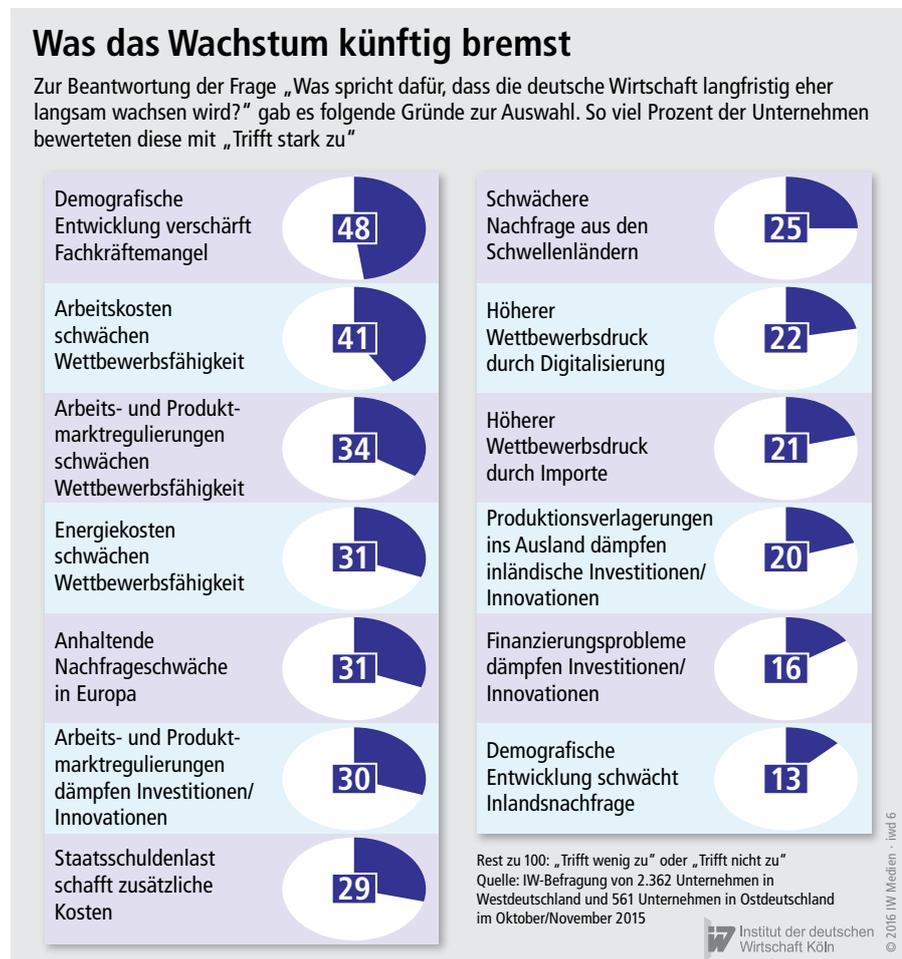
Die drei meistgenannten Gründe liegen im Übrigen auch dann vorn, wenn man ausschließlich die Antworten jener Unternehmen heranzieht, die langfristig von einem schwachen Wirtschaftswachstum ausgehen – also die Optimisten außen vor lässt.

Unterm Strich machen die Unternehmen also in erster Linie die schlechten Rahmenbedingungen in Sachen Fachkräfteangebot, Kosten und Regulierung für eine zukünftige Wachstumsschwäche verantwortlich. Anders als viele Ökonomen, die einer „säkularen Stagnation“ das Wort reden, stufen die Betriebe dagegen die Nachfrageseite als zweitrangig ein. Demnach besteht kein Anlass für die Politik, die Nachfrage durch zusätzliche Ausgaben zu stärken – zumal 29 Prozent der Firmen ohnehin die hohen Staatsschulden selbst als Grund für ein schwächeres Wachstum ansehen.

Die IW-Umfrage zeigt vielmehr, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden müssen. Nach den jüngsten Fehlentscheidungen – hierzu zählen beispielsweise die stärkere Regulierung der Zeitarbeit sowie die Einführung der Rente mit 63 und des Mindestlohns – sollte die Politik ihren Kurs also dringend korrigieren.

Die IW-Umfrage zeigt vielmehr, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden müssen. Nach den jüngsten Fehlentscheidungen – hierzu zählen beispielsweise die stärkere Regulierung der Zeitarbeit sowie die Einführung der Rente mit 63 und des Mindestlohns – sollte die Politik ihren Kurs also dringend korrigieren.

Die IW-Umfrage zeigt vielmehr, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden müssen. Nach den jüngsten Fehlentscheidungen – hierzu zählen beispielsweise die stärkere Regulierung der Zeitarbeit sowie die Einführung der Rente mit 63 und des Mindestlohns – sollte die Politik ihren Kurs also dringend korrigieren.



**i** aus IW-Trends 1/2016  
 Michael Grömling:  
 Säkulare Stagnation – Erwartungen und Begründungen deutscher Unternehmen  
[iwkoeln.de/saekulare-stagnation-unternehmen](http://iwkoeln.de/saekulare-stagnation-unternehmen)

# Spiel mit dem Feuer

**Tarifrunde.** Die IG Metall will mit einer Lohnforderung von 4,5 bis 5 Prozent für zwölf Monate in die Tarifrunde gehen. Damit gefährdet die Gewerkschaft nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Fortbestand des Flächentarifvertrags.

Die derzeit diskutierte Lohnforderung liegt zwar unter den Forderungen der Vorjahre. Positiv ist auch, dass die IG Metall die Unternehmen diesmal nicht mit weiteren Tarifthemen überfrachten will. Gleichwohl wirft die Forderung zwei gravierende Probleme auf:

- **Die IG Metall gefährdet mit ihren hohen Forderungen und Abschlüssen den Bestand des Flächentarifvertrags.** Dieser hat sich seit den Flexibilisierungsmöglichkeiten im Rahmen des „Pforzheimer Abkommens“ weitgehend stabilisiert. Zwar ist die Zahl der tarifgebundenen Betriebe nach wie vor leicht rückläufig. Die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten aber ist zuletzt wieder gestiegen.

An einer Fortsetzung dieser Entwicklung müsste auch der IG Metall gelegen sein. Denn der Flächentarifvertrag sichert nicht nur eine homogene Lohnentwicklung, sondern auch vergleichbare Arbeitszeiten, Zuschlags- oder Urlaubsregelungen.

**Die Tarifparteien sind gut beraten, die Bereitschaft der Betriebe, sich an einen Arbeitgeberverband zu binden, mit angemessenen Abschlüssen und flexiblen Elementen zu erhalten und zu stärken.**

Das war aber zuletzt nicht der Fall. Die von der Gewerkschaft durchgesetzte Tarifierhöhung um 3,4 Prozent war für viele Betriebe kaum zu verkraften. Seit der Krise 2008/09 haben die Tarifverdienste um rund 20 Prozent zugelegt, ohne dass es zu einem nennenswerten Produktivitätszuwachs gekommen ist (vgl. iwD 49/2015).

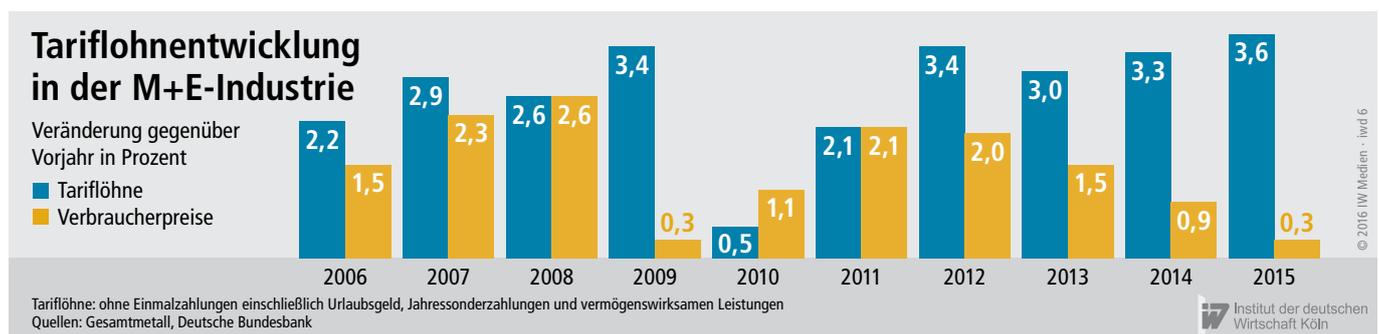
Hinzu kommt eine Überfrachtung der Tarifrunden mit sogenannten qualitativen Themen wie zuletzt der Bildungsteilzeit. Dies mag aus Sicht der Gewerkschaft hilfreich sein. Es fördert aber die Vorbehalte vieler Betriebe gegenüber einer Flächen-tarifbindung.

Überdies fehlte in den vergangenen Abschlüssen eine flexible Komponente. Die IG Metall verweist zwar gerne auf das „Pforzheimer Abkommen“ von 2004. Es kann aber nicht Sinn einer Tarifrunde sein, Maximalbedingungen zu vereinbaren, die viele Betriebe erst in eine Schieflage bringen – um dann bei der IG Metall um Ergänzungstarifver-

träge mit temporären Erleichterungen bitten zu müssen.

- **Mehr und mehr Betriebe kommen an ihre finanzielle Belastungsgrenze.** Die Arbeitnehmer konnten durch die expansive Lohnpolitik der vergangenen Jahre zum Teil kräftige Reallohngehwinne einfahren (Grafik). Die Kehrseite der Medaille: Die Betriebe mussten kräftig steigende Lohnstückkosten schultern. Im Jahr 2012 stiegen diese in der Metall- und Elektro-Industrie um 6 Prozent, 2013 um 4,2 Prozent, 2014 um 1,6 Prozent und 2015 um 2,7 Prozent. Diese Kostenbelastung untergräbt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet Arbeitsplätze.

Aufgrund der dynamischen Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre ist das Produktivitätswachstum sowohl gesamtwirtschaftlich als auch in der M+E-Industrie gering gewesen, zum Teil sogar negativ. Da die Produktivitätsentwicklung den Rahmen für die Lohnsteigerungen vorgibt, war der Verteilungsspielraum eng. Die Löhne sind aber kräftig gewachsen. Ein solches Leben über die Verhältnisse wird sich langfristig rächen. Schon heute wird in Deutschland wenig investiert und der Aufschwung steht nur noch auf einem Bein, dem Konsum.



# Standort Deutschland

„In den besten Jahren, gebildet, gut situiert und mit sicherem Job“ – so könnte die Kontaktanzeige des Durchschnittsdeutschen lauten. Denn das sind die typischen Eckdaten, die sich für die rund 80 Millionen Bundesbürger im statistischen Vergleich mit anderen Ländern ergeben. Natürlich verdient nicht jeder Deutsche so gut, dass er den Spitzensteuersatz von 47,5 Prozent

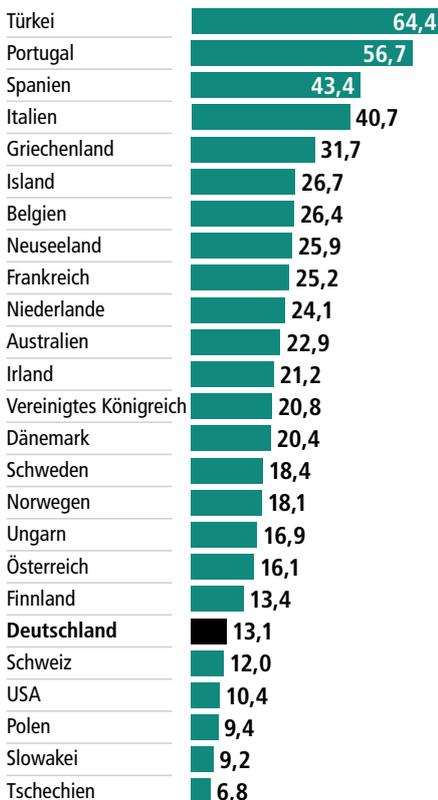
(inklusive Solidaritätszuschlag) bezahlen muss. Und angesichts von rund 2,9 Millionen Arbeitslosen ist es zwar richtig, die außerordentlich gute Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes zu loben – aber es geht halt immer noch ein bisschen besser. Trotzdem: Verglichen mit anderen Ländern schneidet die Bundesrepublik ziemlich gut ab. So haben nur rund 13 Prozent der

Männer und Frauen im erwerbsfähigen Alter keinen höheren Schulabschluss oder keine Berufsausbildung vorzuweisen. Genau dieses hohe Bildungsniveau hat dazu beigetragen, dass der heimische Jobmotor seit Jahren auf Hochtouren läuft: Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich seit dem Jahr 2000 um mehr als 10 Prozent auf rund 43 Millionen erhöht.

Rein rechnerisch erwirtschaftete jeder Bundesbürger im Jahr 2015 ein kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt von gut 47.000 Dollar. Das ist zwar kein absoluter Spitzenwert, aber gar nicht so übel, wenn man bedenkt, dass aufgrund einer vergleichsweise kurzen Jahresarbeitszeit und 41 Urlaubs- und Feiertagen pro Jahr am Standort Deutschland eher wenig gearbeitet wird.

## Die Bildungsverlierer

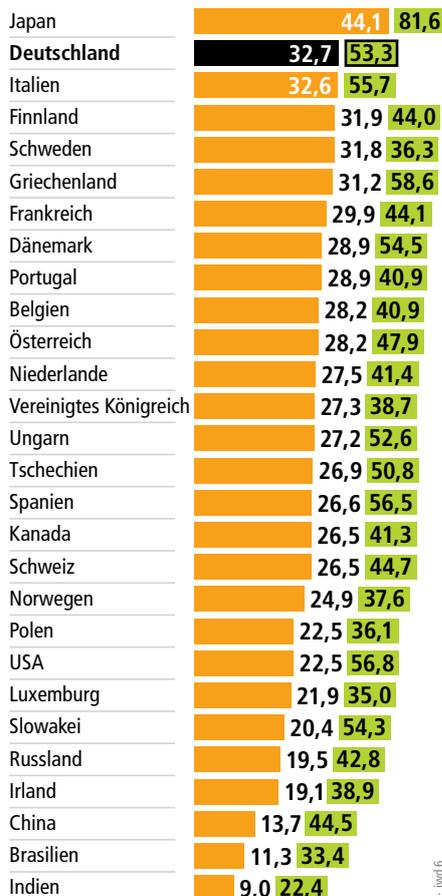
So viel Prozent der 25- bis 64-Jährigen hatten 2014 keinen Abschluss der Sekundarstufe II



Frankreich: 2013  
Abschluss der Sekundarstufe II:  
Abitur, Fachhochschulreife oder  
abgeschlossene Berufsausbildung  
Quelle: OECD

## Die Altersstruktur

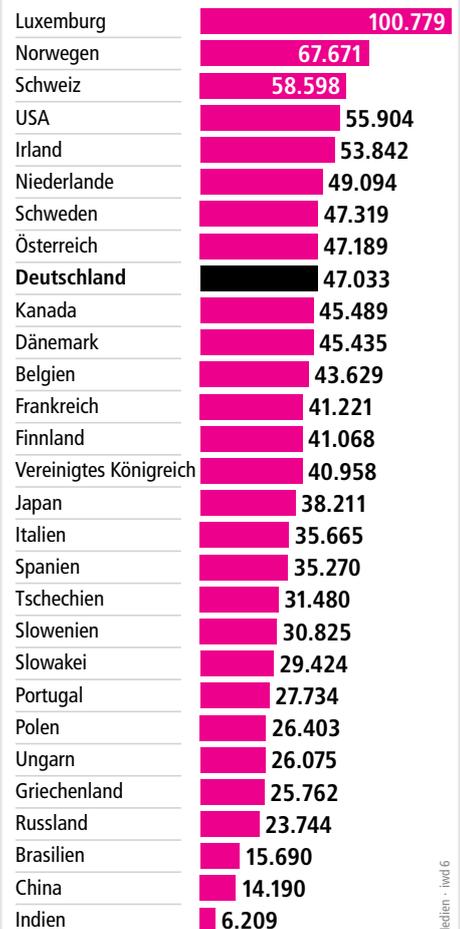
Auf 100 Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren kommen so viele über 65-Jährige



Quellen: U.S. Census Bureau,  
International Database

## Das Wohlstandsniveau

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten-Dollar im Jahr 2015



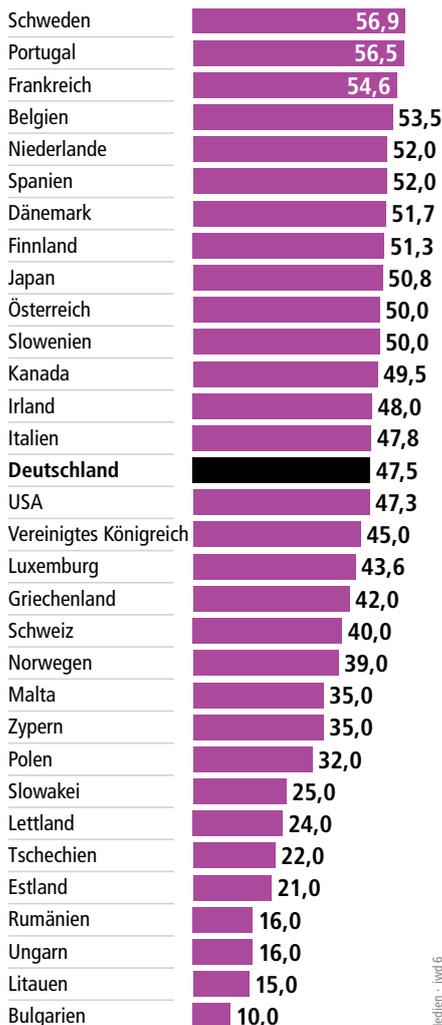
Quelle: IWF



Die abgebildeten Grafiken sind der Broschüre „Standort Deutschland 2016 – ein internationaler Vergleich“ entnommen, die zum Preis von 5,20 Euro bezogen werden kann:  
iwmedien.de

## Die Steuerbelastung

Spitzensteuersatz für die Einkommenssteuer im Jahr 2014 in Prozent



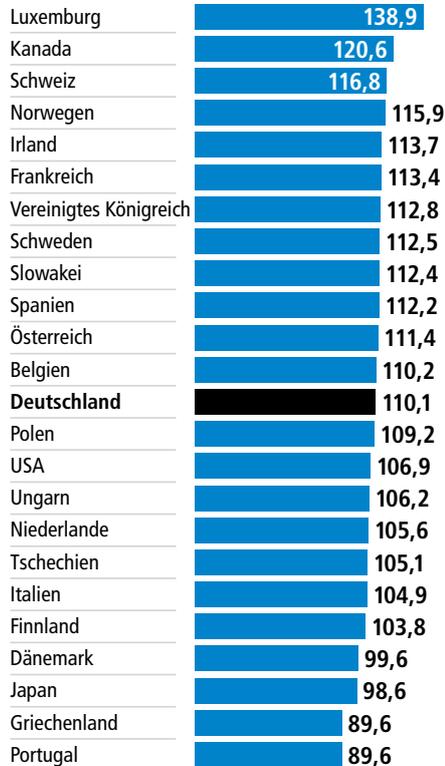
Ursprungsdaten:  
Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 6

## Der Arbeitsmarkt

Beschäftigte im Jahr 2014,  
2000 = 100



Beschäftigte im Jahr 2014  
in Millionen

USA	146,31
Japan	63,51
<b>Deutschland</b>	<b>39,88</b>
Vereinigtes Königreich	30,64
Frankreich	26,38
Italien	22,28
Kanada	17,80
Spanien	17,34
Polen	15,86
Niederlande	8,24
Tschechien	4,97
Schweden	4,77
Belgien	4,54
Schweiz	4,53
Portugal	4,50
Österreich	4,11
Ungarn	4,10
Griechenland	3,54
Dänemark	2,71
Norwegen	2,63
Finnland	2,45
Slowakei	2,36
Irland	1,91
Luxemburg	0,25

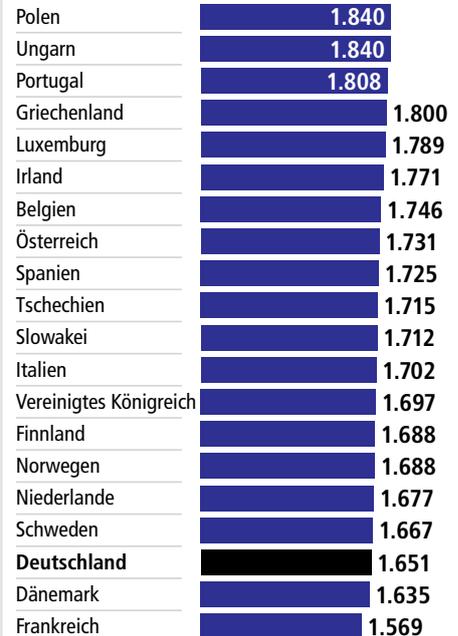
Beschäftigte: älter als 15 Jahre  
Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 6

## Das Arbeitsvolumen

Tarifliche Jahres-Sollarbeitszeit  
für Vollzeitarbeitnehmer 2014 in Stunden



Urlaubs- und Feiertage  
im Jahr 2014

<b>Deutschland</b>	<b>41,0</b>
Frankreich	41,0
Slowakei	40,0
Dänemark	39,0
Österreich	37,0
Italien	36,0
Schweden	36,0
Spanien	36,0
Finnland	35,0
Griechenland	35,0
Luxemburg	35,0
Norwegen	35,0
Tschechien	35,0
Niederlande	34,0
Vereinigtes Königreich	33,1
Irland	33,0
Polen	30,0
Portugal	30,0
Ungarn	30,0
Belgien	29,0

Feiertage: solche, die auf einen Arbeitstag fallen  
Ursprungsdaten: Eurofound

Quelle: Eurofonds

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 6

# Kraftakt Integration

**Flüchtlinge.** Angesichts der Qualifikationsdefizite vieler Flüchtlinge wird deren Integration in den Arbeitsmarkt für die Unternehmen zu einer Mammutaufgabe. Zwar existieren zahlreiche staatliche Fördermaßnahmen, die aber müssen deutlich aufgestockt werden.

Zu wenige qualifizierte Fachkräfte, sinkende Schülerzahlen und immer mehr Studenten – für die Unternehmen in Deutschland sind die größtenteils jungen Flüchtlinge auf den ersten Blick eine Chance, ihre zunehmenden Personalprobleme zumindest abzumildern.

Beim zweiten Blick stellt sich allerdings Ernüchterung ein: Viele Flüchtlinge haben offenbar große schulische Defizite.

Das zeigen kürzlich veröffentlichte Zahlen, die auf einer Befragung von 2.805 Flüchtlinge beruhen. Sie stammen aus Afghanistan, Eritrea,

Sri Lanka, Syrien, dem Irak, dem Iran und sind zwischen 2008 und 2012 in Deutschland als Flüchtling anerkannt worden und (Grafik):

**Fast ein Viertel dieser Flüchtlinge hat die Schule entweder gar nicht oder maximal fünf Jahre lang besucht.**

Tatsächlich dürfte der Anteil noch höher liegen, da es eine schriftliche Befragung war und Analphabeten dadurch unterrepräsentiert sind.

Bevor für diese Menschen eine berufliche Ausbildung oder andere Beschäftigungsformen in Frage kommen, muss erst einmal ihre Grundbildung gesichert werden.

Hinzu kommt, dass auch bei den schulisch gut ausgebildeten Flüchtlingen mit Schwierigkeiten zu rechnen ist. Gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift sind Voraussetzung, um in Betrieb und Berufsschule mitzukommen. Auch die Eingewöhnung in die neue Kultur braucht

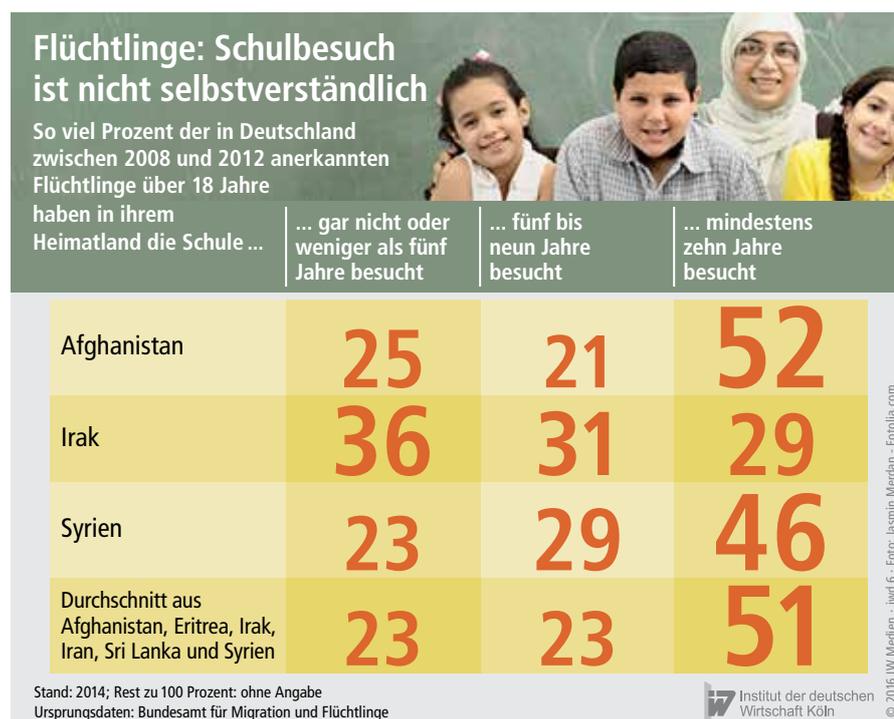
Zeit und Förderer. Diese Herausforderungen können die Ausbildungsbetriebe allein kaum stemmen.

Um möglichen Ausbildungsabbrüchen entgegenzuwirken, gibt es bewährte staatliche Fördermaßnahmen, die Jugendliche und Ausbildungsbetriebe unterstützen. Diese Instrumente stehen anerkannten Flüchtlingen grundsätzlich offen.

Wollen Arbeitgeber das Potenzial eines Flüchtlings zunächst einmal intensiv kennenlernen, bietet sich eine Einstiegsqualifizierung an. Dabei werden junge Menschen sechs bis zwölf Monate praktisch qualifiziert und in dieser Zeit von der Arbeitsagentur gefördert. Im Optimalfall kann die Praktikumszeit sogar auf eine anschließende Ausbildung angerechnet werden.

Während einer Einstiegsqualifizierung oder einer Ausbildung können zudem „Ausbildungsbegleitende Hilfen“ genutzt werden. Damit werden bis zu acht Wochenstunden Nachhilfe und Sprachunterricht gefördert.

Die kürzlich eingeführte „Assistierte Ausbildung“ geht noch einen Schritt weiter und bietet zusätzliche Alltagshilfen, zum Beispiel Kurse zum interkulturellen Verständnis und eine sozialpädagogische Begleitung. Allerdings gibt es derzeit lediglich 10.000 förderfähige Plätze pro Jahr. Mittelfristig wird dies wohl zu wenig sein, deshalb muss die Politik das Programm ausbauen. Gleiches gilt für andere Förderinstrumente.



Weitere Informationen für Unternehmen, die Flüchtlinge ausbilden oder beschäftigen wollen, finden Sie auf: [kofa.de](http://kofa.de)

# National, global, digital

**Urheberschutz.** Angesichts der Digitalisierung steht in der EU eine Reform des Urheberschutzes an. Keine einfache Sache, denn zum einen hat heute jedes Land eigene Regeln und zum anderen haben die Anbieter von Texten, Bildern, Filmen, Musik und Software andere Interessen als die Konsumenten.

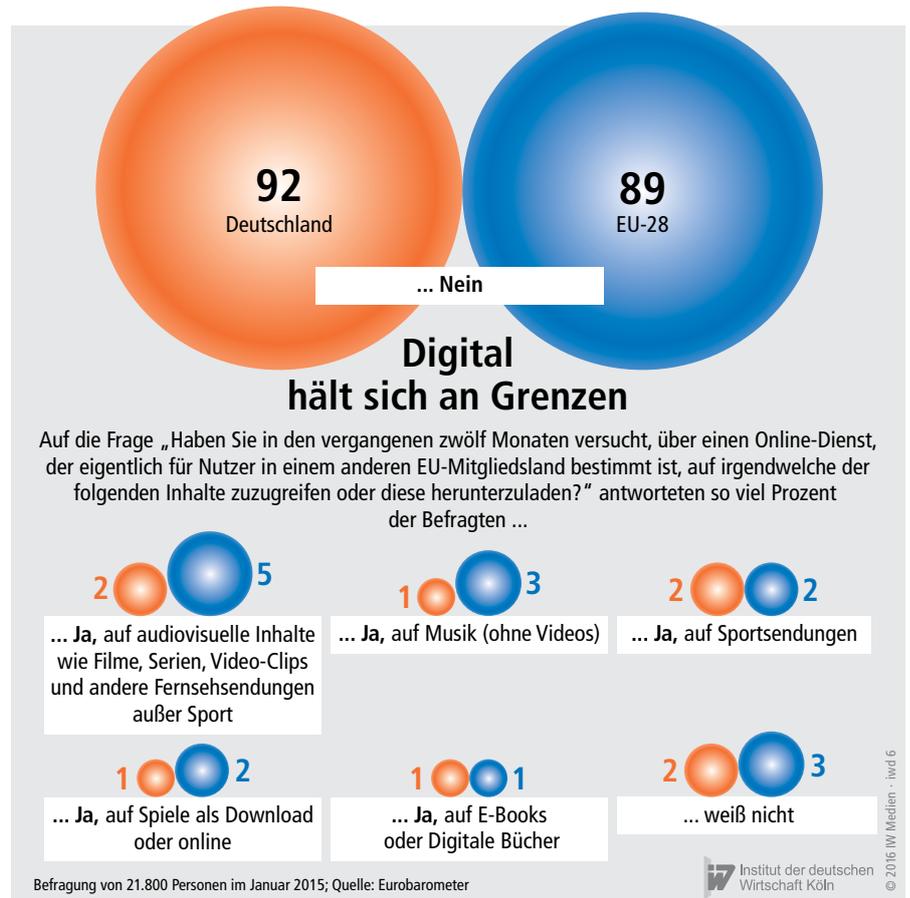
Schätzungen zufolge beschäftigt die Kultur- und Kreativwirtschaft EU-weit mehr als sieben Millionen Menschen und trägt mit einem Umsatz von rund 550 Milliarden Euro etwa 4 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei (2014).

Das grundsätzliche Problem des Urheberschutzes ist heute die Digitalisierung. Sie erlaubt es, Texte oder Musik zu kopieren und übers Internet schnell und einfach zu verbreiten – selbstverständlich weltweit.

Daraus ergeben sich zahlreiche Fragen. Was passiert zum Beispiel, wenn ein Musiker oder Verlag ein Werk online stellt und damit global zugänglich macht – muss sich der Urheber dann die Rechte in allen Ländern sichern oder gilt das Recht jenes Landes, in dem er wohnt?

Um solchen Problemen zu begegnen, wird heute der Zugang zu manchen Inhalten aus anderen Ländern durch das sogenannte Geo-Blocking technisch unterbunden. So kann man zum Beispiel in der ARD-Mediathek bestimmte Livestreams nur von Deutschland aus abrufen, nicht aber aus dem Ausland.

Hinzu kommt, dass Anbieter und Konsumenten von digitalen Inhalten unterschiedliche Interessen haben. Während zum Beispiel private Nutzer eine Software auch mal gerne als



„gebraucht“ weiterverkaufen möchten, wollen die Hersteller dieser Software genau das nicht – schließlich entgeht ihnen so ein Geschäft.

So dringend ein einheitlicher und sicherer Rechtsrahmen für die EU-Staaten auch ist, zumindest derzeit spielt die Suche des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission nach einem neuen Urheberrecht für die Verbraucher keine große Rolle. Denn noch halten sich die grenzüberschreitenden Zugriffe auf Online-Inhalte in sehr überschaubaren Grenzen (Grafik):

**In den zurückliegenden Monaten haben 89 Prozent der Europäer und sogar 92 Prozent der Bundesbürger keinerlei Interesse daran gezeigt, auf Online-Inhalte zuzugreifen, die sich primär an Nutzer in einem anderen EU-Land richten.**

Allerdings gibt es je nach Angebot und Alter sehr große Unterschiede. So greifen zum Beispiel nur 2 Pro-

zent der Bundesbürger auf audiovisuelle Inhalte wie Filme, Serien oder Videoclips zu, in Irland dagegen sind es schon 25 Prozent. Und während EU-weit von den über 55-Jährigen 95 Prozent nie auf grenzüberschreitende Angebote zugreifen, enthalten sich von den 15- bis 24-Jährigen nur noch 79 Prozent.

Die Hauptgründe für die geringe Nachfrage: 54 Prozent der befragten Europäer geben an, dass sie kein Interesse an diesen Inhalten haben, fast genauso viele sagen, das Angebot im eigenen Land sei groß genug.

Es gibt aber auch technische Probleme. So berichten rund 27 Prozent der EU-Bürger, dass sie nur einen begrenzten Zugang zu einer ausländischen Webseite hätten oder den gewünschten Inhalt nicht herunterladen könnten.

Vgl. IW policy paper 4/2016 unter:  
[iwkoeln.de/urheberschutz](http://iwkoeln.de/urheberschutz)

# Geld ist nicht alles

**Ausbildungsvergütungen.** Unternehmen haben wachsende Probleme, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen. Dies schlägt sich zum Teil in steigenden Ausbildungsvergütungen nieder. Aber auch mit sogenannten Soft Skills wie einem guten Betriebsklima lassen sich Bewerber locken.

Auszubildende kamen 2015 in Deutschland im Schnitt auf eine monatliche tarifliche Vergütung von 825 Euro. In Westdeutschland ist das Lehrlingsalär im vergangenen Jahr um 3,7 Prozent auf 832 Euro gestiegen und in Ostdeutschland um 4,3 Prozent auf 769 Euro.

Die Vergütungen streuen allerdings nicht nur von Region zu Region, sondern auch von Branche zu Branche. Ein Beispiel dafür sind die Kaufleute für Büromanagement: Die Durchschnittsvergütung für Azubis dieser Gruppe lag in der Industrie und im Handel 2015 in Westdeutschland bei 925 Euro monatlich, in

Ostdeutschland bei 840 Euro. Im Handwerk bekamen die Azubis dagegen nur 695 bzw. 636 Euro.

Ein Zusammenhang besteht auch zwischen der Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt und der Vergütung. Anfang der 2000er Jahre, als es für die vielen Schulabgänger nicht genügend Lehrstellen gab, stiegen die Lehrlingsgehälter eher moderat.

Im Jahr 2015 dagegen, als die Unternehmen knapp 41.000 Ausbildungsstellen nicht besetzen konnten, haben die Vergütungen wieder einen Satz nach oben gemacht. In Ausbildungsberufen mit extrem wenigen Bewerbern gab es zum Teil Steigerungsraten von 6 bis 9 Prozent – wie beispielsweise im Lebensmittelhandwerk, in der Gastronomie und in der Reinigungsbranche (Grafik).

Potenzielle Bewerber lassen sich aber nicht nur mit einer höheren Vergütung locken. Obwohl zum Beispiel die Ausbildungsberufe in der Baubranche zu den bestbezahlten gehören, ist die Zahl der Bewerber dort überdurchschnittlich stark zurückgegangen. Und obwohl die angehenden Floristen mit 587 Euro in West- und 422 Euro in Ostdeutschland so wenig bekommen wie in kaum einem anderen Ausbildungsberuf, gab es dort 2015 doppelt so viele Bewerber wie Stellen.

## Azubi-Verdienste

Monatliche tarifliche Vergütungen in Euro in den Ausbildungsberufen, in denen es 2015 die meisten unbesetzten Ausbildungsstellen gab

■ Westdeutschland ■ Ostdeutschland  
■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Kaufmann/-frau im Einzelhandel	827	2,4
	740	2,4
Koch/Köchin	735	4,3
	612	5,3
Verkäufer/in	773	2,4
	612	2,4
Fachverkäufer/in Lebensmittelhandwerk – Bäckerei	624	6,1
	569	9,6
Restaurantfachmann/-frau	735	4,3
	612	5,3
Friseur/in	494	4,2
	269	0,0
Hotelfachmann/-frau	735	4,3
	612	5,3
Fachverkäufer/in Lebensmittelhandwerk – Fleischerei	624	6,1
	569	9,3
Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r	753	9,4
	keine Angaben	
Kaufmann/-frau – Büromanagement in Industrie und Handel	925	3,0
	840	3,2
Durchschnitt aller Ausbildungsberufe	832	3,7
	769	4,3

Ausbildungsvergütungen im Durchschnitt über die gesamte Ausbildungsdauer; für Fachverkäufer/in Lebensmittelhandwerk liegen keine differenzierten Vergütungsdaten nach Fachrichtung vor (Bäckerei, Fleischerei etc.)

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwvd 6

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwvd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.